

provoziert. Im Zielspektrum stehen zudem Einrichtungen, Objekte und Symbole der rechtsextremistischen Szene. Auch die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) wird von Linksextremisten in den Bereich des politisch rechten Parteienspektrums gerückt und zählt somit ebenfalls zum politischen Gegner. Sachbeschädigungen gegen deren Parteibüros oder Wahlplakate und Beleidigungen gegen Mitglieder werden als legitim angesehen.

Zugenommen haben im Bereich des „Antifaschismus“ die Recherchearbeiten zu rechtsextremistischen Strukturen und deren handelnden Personen. Diese Outings wurden zumeist auf der mittlerweile verbotenen linksextremistischen Internetplattform „linksunten.indymedia“ veröffentlicht.

Das Thema „Freiräume“ bzw. deren Schaffung und Erhalt hat für Linksextremisten seit Jahren einen hohen Stellenwert. Als „Freiräume“ gelten insbesondere besetzte Häuser, kollektive Wohnprojekte sowie selbstverwaltete so genannte Jugend- und Kulturzentren. Linksextremisten reklamieren für sich seit geraumer Zeit die Schaffung und den Erhalt selbstbestimmter – subkultureller – Strukturen und möglichst staatlich unkontrollierter „Freiräume außerhalb des kapitalistischen Systems und seiner Verwertungslogik sowie der dieses stützenden gesellschaftlichen Normen und Institutionen“. Diese „Freiräume“ seien für sie notwendige Rückzugsräume zur Verwirklichung der eigenen Lebensentwürfe.

Der „Infoladen“ in Magdeburg ist Kontaktadresse der RH und gilt als Treffpunkt weiterer Linksextremisten.

Das so genannte „HaSi“ in der Hafenstraße 7 in Halle (Saale) entstand als „soziokulturelles Projekt“ als Resultat einer Hausbesetzung im Januar 2016. Die Nutzer erhielten von der Halleschen Wohnungsgesellschaft (HWG) einen Gestaltungsvertrag für eine befristete Nutzung. Linksextremistische Gruppierungen wie das OAP, die RH und die IL Halle unterstützen das Projekt. Ende Januar 2018 lief der Mietvertrag aus.

Weiteres Themenfeld von Linksextremisten ist der „Antirassismus“. Neben der nicht extremistischen Initiative „In Gedenken an Oury Jalloh“ mobilisierten im Berichtszeitraum auch Linksextremisten wieder verstärkt zur alljährlichen Demonstration am 7. Januar in Dessau-Roßlau. Unterstützt wurden sie von einer Kampagne der RH.

Bei den Straf- und Gewalttaten gab es eine Steigerung der Fallzahlen im Jahresvergleich 2016/2017 von 281 auf 398 Taten, die darin enthaltenen